



Auszug aus dem substantiellen Protokoll 172. Ratssitzung vom 13. Dezember 2025

5590. 2024/561

Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP)
vom 04.12.2024:

Aufklärungsarbeit in Milieus, die stark polizeifeindlich sind

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4051/2024): Immer wieder sehen wir grossen Hass gegen die Polizei aus der linken Szene. Das ist ein Problem für die Sicherheit der Stadt. Viele Stellen können nicht mehr besetzt werden. Wer will schon in der Stadt Polizist sein, wo man bespuckt und zusammengeschlagen wird, wenn man in einer anderen Gemeinde einen normalen Arbeitsalltag haben kann? Innerhalb einer Szene wirkt Aufklärungsarbeit nur von innen. Eine Denkweise kann nicht von aussen geändert werden. Den Hass von linker Seite abzuschaffen, funktioniert nur, wenn Sie ihren Leuten zureden. Als Stadtrat haben Sie ein gewichtiges Wort und können etwas bewegen und linksextreme Gewalt verhindern. Die schwelende Gewalt ist ein Versagen der linken Seite, da sie anscheinend auf grosse Akzeptanz trifft. Sonst wäre sie längst unterbunden worden. Sie müssen Verantwortung übernehmen und aktiv werden, um diese Gewalt zu unterbinden. Auf bürgerlicher Seite gibt es diese Gewalt nicht.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Die Stadtpolizei erkennt im Bemühen, die eine solche Aufklärungsarbeit bedeutet, keinen Mehrwert. Die angesprochenen Personengruppen sind für solche Bestrebungen kaum zugänglich. Weiterhin bemüht sich die Stadtpolizei durch Kampagnen, transparente Information, im täglichen Einsatz und in Gesprächen, die Gesamtbevölkerung von der Notwendigkeit und Attraktivität ihrer Arbeit zu überzeugen. Das gelingt ihnen gut. In der letzten Bevölkerungsbefragung stellten wir fest, dass sich Zürcherinnen und Zürcher und alle, die sich hier aufhalten, sicher fühlen. Das hat auch mit der guten Polizeiarbeit zu tun. Die Polizeipräsenz wird sehr geschätzt.

Weitere Wortmeldungen:

Xenia Voellmy (GLP): Die GLP unterstützt das Postulat. Das machen wir ausdrücklich nicht wegen der Wortwahl, sondern trotz ihr. Wir haben ein pragmatisches Anliegen. Das

Postulat soll dazu beitragen, das Vertrauen zwischen der Polizei und der Bevölkerung zu stärken und Eskalationen zu vermeiden. Dieses Ziel teilen wir als GLP. Wo es wiederholt zu Konflikten kommt, ist es sinnvoll, genau hinzuschauen und zu prüfen, welche präventiven, dialogorientierten Ansätze wirken könnten. Für die GLP ist wichtig, dass Aufklärungsarbeit nicht als Belehrung verstanden werden darf. Sie muss partizipativ, niederschwellig und gemeinsam mit bestehenden Akteuren stattfinden. Genau diese Differenzierung soll der Stadtrat im Rahmen dieses Postulats prüfen.

Martina Zürcher (FDP): Die FDP ist gegen jegliche staatliche Propaganda und Umerziehung, egal von welcher Ecke sie kommt oder wen sie betrifft. Wir lehnen das Postulat ab.

Sandra Gallizzi (EVP): Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass wir uns bei der operativen Arbeit der Polizei nicht einmischen wollen. Sie weiss selbst am besten, wie sie ihre Arbeit machen muss. Die Gewalt und der Hass, die der Polizei oft entgegenschlagen, ist leider Tatsache und für die betroffenen Personen eine riesige Herausforderung. Die Polizei weiss, was sie dagegen unternehmen kann, auch im präventiven Sinn. Zudem müssten die Blaulichtorganisationen Sanität und Feuerwehr eingeschlossen werden, da auch sie immer wieder angefeindet werden. Die Die Mitte/EVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Samuel Balsiger (SVP): Es geht hauptsächlich darum, dass Sie in der Exekutive Verantwortung übernehmen und die Stimmung im linken Milieu anpassen. STR Karin Rykart sagte, dass dieses Milieu nicht für solche Informationen zugänglich sei. Sie weiss also, dass es polizeifeindlich, aggressiv und gewalttätig ist. Das ist eine Kapitulation vor links-extremer Gewalt und Ihr Versagen. Wenn SVP-Leute ständig Quartiere und Leute zusammenschlagen würden, müssten wir uns auch den Spiegel vorhalten und uns fragen, wieso unsere Leute gewalttätig sind. Sie müssen mit Ihrer Mehrheit Verantwortung übernehmen und Aufklärungsarbeit leisten. Es braucht keine Propaganda, es können auch Podiumsveranstaltungen sein. Das ist mit diesem Postulat gemeint. Dass die FDP es ablehnt, dass Staatsfeinde in ihrer Gewalt unterbunden werden, ist nicht nachvollziehbar.

Severin Meier (SP): Es ist fragwürdig, dass ein gewaltbereiter Kreis mit der linken Ratsseite gleichgestellt wird. Das Postulat lehnen wir ab, da das Sicherheitsdepartement es selbst nicht will. Die Polizei muss nicht zu ihrem Glück gezwungen werden.

Das Postulat wird mit 26 gegen 87 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat